



Pressespiegel



1. Petersburger Dialog

„Russland und Deutschland an der Schwelle des
21. Jahrhunderts – Ein Blick in die Zukunft“

St. Petersburg, 8.-10. April 2001

Klartext abseits der offiziellen Politik

Deutsch-russischer Dialog in Petersburg / Regierungskritische

Organisationen waren nicht geladen

VON G. BÜCHNER UND G. MROZEK

ST. PETERSBURG, 9. April. Mitten im Wortgeplätscher kommt plötzlich Leben in den russischen Präsidenten. Pikiert blickt Wladimir Putin in das Redemanuskript von Kanzler Gerhard Schröder, ruckelt mit den Schultern und trommelt mit den Fingern leise, aber unübersehbar auf die Tischplatte. Eben noch wirkte er fast gelangweilt von all der Harmonie, jetzt ist es mit der Ruhe vorbei. Putins Augen wandern nervös durch den Festsaal der Universität und zu den Teilnehmern des „Petersburger Dialogs“, rund 130 Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute und Medienvertreter beider Länder. Grund für seine Unruhe sind Schröders Bemerkungen über die Pressefreiheit.

Kurz zuvor hatte Putin den Gesprächskreis noch als eine „neue Dimension“ der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland bezeichnet und die Möglichkeit von Dissens zwischen den Teilnehmern nur sehr vorsichtig anklingen lassen: „Es ist nicht auszuschließen, dass einige Ihrer Anmerkungen kritischer Natur sein werden.“ Dass jedoch die Kritik gleich anschließend von seinem Partner und politischen Freund kommt, dem deutschen Kanzler, überrascht Putin offenbar.

Dabei hatte Schröder schon vor der Reise nach St. Petersburg verkündet, er werde das Thema Pressefreiheit ansprechen. Im Festsaal der

Universität wiederholt er lediglich, was das Kanzleramt schon seit Tagen verbreitet: Russland brauche freie Medien, die die Macht kontrollieren können. Dieser eine Satz zum Streit um den unabhängigen, regierungskritischen Fernsehsender NTW reicht aus, um Putin nervös werden zu lassen.

Auch für den „Petersburger Dialog“ war das Thema Pressefreiheit damit schon abgehakt. Die Arbeitsgruppe Medien wurde wider Erwarten nicht zum Schlachtfeld um die Pressefreiheit, obwohl hier – wenn auch als Einziger – der Chefredakteur des Radiosenders „Echo Moskau“, Alexej Wenediktow, die Positionen von NTW verteidigte. Vereinbart war, nicht als Zitat auf die Straße hinauszuragen, was hinter verschlossenen Türen diskutiert wurde, um die vertrauensbildende Wirkung des Dialogs zu erhöhen.

Neu war für die in dieser Arbeitsgruppe konzentrierten deutschen Chefredakteure, was ein intimer Kenner der Kremlezone überraschend aus dem Nähkästchen plauderte. Im Wesentlichen geht es ihm zufolge beim Streit um NTW gar nicht um die Pressefreiheit, sondern darum, dass NTW nicht mehr wie früher Staatssender Nr. 1 sei.

In einem allerdings war sich der „Petersburger Dialog“ einig: Ohne Pressefreiheit kann es keine Modernisierung Russlands geben. Um die Freiheit der Medien zu stärken,

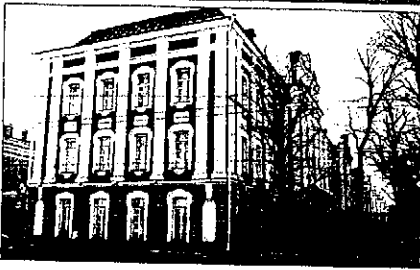
vereinbarte man, Kolumnen und Nachwuchsjournalisten auszutauschen und einen deutsch-russischen Presseklub zu bilden.

„Ich bin beeindruckt von der Offenheit des Dialogs“, sagte der ehemalige Regierungssprecher Peter Roenisch im Anschluss an die Sitzung der Medien-Gruppe. „Die Barriere der Schablonen ist durchbrochen, endlich wurde einmal offen diskutiert.“ Andere Teilnehmer sahen das anders. Sie beklagten, dass die Russen zu den Gesprächen keine regierungsunabhängigen und -kritischen Organisationen wie etwa die Menschenrechtsorganisation „Memorial“ geladen hatten.

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) setzt seine Visite in Sankt Petersburg am Dienstag mit dem Besuch des Joffe-Forschungsinstituts für Physik fort. Im Mittelpunkt des zweiten und letzten Tages der Kanzlerreise steht anschließend die Plenarsitzung der deutsch-russischen Konsultationen. Offizielles Hauptthema ist der Ausbau der beiderseitigen Zusammenarbeit in allen Bereichen der Gesellschaft. Angesprochen werden dürften unter anderem die heikle Fragen der russischen Schulden, deren Rückzahlung Deutschland fordert. Von russischer Seite wird dazu ein Verrechnungsmodell mit gemeinsamen Wirtschaftsprojekten favorisiert.



DEUTSCHLAND



SCHAUPLATZ des „Petersburger Dialogs“ ist die Universität der Zarenstadt



LENKER
Peter Boenisch,
1983 bis 1985
Kohls Regie-
rungssprecher



MIT SCHLITTENFAHREN vergnügten sich Kanzler Gerhard Schröder und Ehefrau Doris Anfang Januar im Park der alten Kaiserresidenz Kolomenskoje. Zwischen ihnen Gastgeber Wladimir Putin

DIPLOMATIE

Kampf um Einfluss

Bundeskanzler Schröder möchte Russlands Präsident Putin mehr Sympathie in Deutschland verschaffen

Wladimir Putins Gefolgsmann kochte: „Was für Typen laden die sich hier nach Deutschland ein?“ Der „Typ“, dessen Vortrag in Berlin den Herrn aus Moskau so erregte, heißt Alexej Benediktow, Chefredakteur des im Kreml misliebigen Privatrundfunks Echo Moskwy. Seine anstößige Botschaft: Russlands Präsident Putin „versteh Pres-s-freiheit so, wie es ihm nützt“.

Redefreiheit für politische Gäste jeder Couleur aus Russland kennzeichnet Geist und Einfluss des Deutsch-Russischen Forums, das Benediktow eingeladen hatte. Seit 1993 unterstützt der private Verein die deutsche Russland-Politik und führt die Eliten beider Länder ebenso zusammen wie die Jugend – ohne Staatskontrolle.

Das wird sich wohl ändern. Das Forum kriegt halboffizielle Konkurrenz. Am nächsten Wochenende, vor dem

Gipfeltreffen von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Putin in Sankt Petersburg, startet der „Petersburger Dialog“ mit insgesamt je 50 namhaften Politikern, Unternehmern, Wissenschaftlern, Künstlern, Chefredakteuren. Jährlich soll die Konferenz zwischen Deutschland und Russland wechseln. Ende letzten Jahres gewann Putin den Kanzler für seine Idee. Prompt verkündete Russlands Präsident „qualitative Veränderungen“ mit „großen praktischen Folgen“.

Es geht um Einfluss auf die Köpfe. Laut Kanzleramtssprache sollen sich, schön liberal, „die Zivilgesellschaften“ kennen lernen. Etwas andere Zwecke umriss Putin im Januar vor den Spitzen des Moskauer Außenministeriums: Ausländische Mächte wollten „das Bild eines gefährlichen Russland kultivieren“. Dagegen sei ein „Kampf um Einfluss“ zu führen, und die Methoden

seien zu verfeinern. Spezieller Pflege bedürften die Massenmedien.

In den Vorsitz des deutschen Lenkungsausschusses für den „Petersburger Dialog“ berief Schröder Peter Boenisch, einst Helmut Kohls Regierungssprecher und „Bild“-Chefredakteur, heute Aufsichtsrat des Springer-Konzerns. Dessen russischer Gegenlenker Boris Gryslow stieg soeben zum Innenminister auf; bislang führte er die Putin ergebene Jedinstwo-Fraktion in der Duma. Im Berliner Konzept heißt es, Petersburg solle „die im deutsch-russischen Dialog tätigen Institutionen einbinden“.

Das Deutsch-Russische Forum ließ sich schon binden, es übernahm die Geschäftsführung. Aber es bleibe unabhängig, versichert Alexandra Gräfin Lambsdorff, Mitglied im Forumsvorstand und im Lenkungsausschuss: „Der ‚Petersburger Dialog‘ ist nur eines der Projekte, die wir durchführen. Ich sehe hier definitiv keine Konfliktlinie.“ Ganz anders der renommierte Russland-Kenner Professor Gerhard Simon, Historiker an der Universität Köln: „Das ist eine Regierungsveranstaltung, mindestens von russischer Seite.“ Mit „verwischten Trennlinien“ werde „das Publikum hinters Licht geführt“. ■

DIE SAUNA-FREUNDE

Helmut Kohl und Boris Jelzin förderten 1993 die Gründung des Deutsch-Russischen Forums



Foto: S. Grachev, ultram tall, Weirek, dha

M. JACH/A. MANUTSCHARJAN



Schröder strebt „neue Normalität“ an

Die 4. Deutsch-Russischen Konsultationen in St. Petersburg / Von Eckart Lohse

BERLIN, 8. April. Etwa zwei Wochen ist es her, da hatte Außenminister Fischer Besuch aus Rußland. Eine Delegation russischer Journalisten war bei ihm auf Einladung der Bundesregierung. Unter ihnen war der bisherige Generaldirektor des bislang unabhängigen nationalen russischen Fernsehsenders NTW, Kisseljow. Er kämpft um seine Position, seit das staatliche Energieunternehmen Gasprom die Führung des Senders übernommen hat. Kisseljow, aber auch andere Journalisten aus der nach Berlin gereisten Gruppe berichteten Fischer über die Entwicklung der Medien- und Meinungsfreiheit in Rußland. Einige der Mitgereisten machten keinen Hehl daraus, daß es Versuche staatlicher Einflußnahme auf kritische Journalisten gebe.

Fischer ist also bestens vorbereitet auf seinen etwa 24stündigen Ausflug nach St. Petersburg, der von Montag abend bis Dienstag nachmittag dauern wird.

Denn die Medienfreiheit und vor allem der eskalierende Streit über die Zukunft und die Führung von NTW sind nach übereinstimmenden Angaben des Kanzleramts und des Auswärtigen Amtes eines der wichtigsten Themen, die Bundeskanzler Schröder, Fischer, aber auch andere mitreisende Regierungsmitglieder bei den 4. Deutsch-Russischen Konsultationen zur Sprache bringen wollen. Die Medienfreiheit wird vermutlich auch bei der Eröffnung der „Petersburger Gespräche“ zur stärkeren Verknüpfung der beiden „Zivilgesellschaften“ eine Rolle spielen. Erwartungen, es werde hinsichtlich dieser Frage in St. Petersburg zu „großen Beschlüssen“ kommen, hegte man am Sonntag im Auswärtigen Amt nicht. Immerhin wird Schröder dem Rundfunksender Echo Moskwa ein Interview geben, womit er ein Signal setzen will. Der Sender gehört zur Gruppe des NTW-Gründers Gussinskij. Der Vorsit-

zende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, setzte sich schon am Wochenende für die Pressefreiheit in Rußland ein. Liberale Wirtschaftsreformen, zu denen sich der russische Präsident Putin in seiner Rede zur Nation bekannt habe, benötigten eine liberale Meinungsvielfalt, sagte Mangold dieser Zeitung. Es sei deshalb wichtig, daß am Beispiel des Fernsehsenders NTW gezeigt werde, wie man in Rußland mit der Pressefreiheit umgehen werde, sagte Mangold.

Wichtiger als das von Fischer geplante Rundfunkgespräch ist vielleicht der Tonfall, in dem Schröder vor dem Beginn seiner Reise Putin deutlich machte, woran es aus Berliner Sicht in Rußland noch fehlt. Zwei Seiten schrieb der Bundeskanzler in der Wochenzeitung „Die Zeit“ über die deutsch-russischen Beziehungen voll. (Fortsetzung Seite 2, siehe Seite 14 und Wirtschaft.)

Fortsetzung von Seite 1

Schröder strebt „neue Normalität“ an

Sie enthielten einige sehr deutliche Hinweise. Wirtschaftliche Prosperität ist für Schröder die Grundlage von Stabilität. „Einem prosperierenden Rußland wird es leichter fallen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freie Medien zu garantieren, die Mißstände anprangern und überbordende politische Macht kontrollieren können.“ Wer aber, wenn nicht Putin, könnte für ein „Überborden“ politischer Macht verantwortlich sein?

Bei aller Freundlichkeit, die der Bundeskanzler Rußland entgegenbringt, bei aller Bedeutung, die er Moskau in Europa und darüber hinaus zuschreibt, ist Schröder auch bei anderen Themen vor seinem Besuch deutlich geworden. Einem selbstbewußten Rußland werde daran gelegen sein, seine Auslandsverbindlichkeiten pünktlich zu bezahlen und keine Unsicherheiten über seine „Zahlungsmoral“ zuzulassen. Schröders Mitarbeiter hatten vor Reisebeginn keinen Zweifel daran gelassen, daß die Bundesregierung Moskau für zahlungsfähig halte und an einen Schuldenerlaß nicht zu denken sei. Immerhin wird in jüngster Zeit im Kanzleramt die Möglichkeit einer Umschuldung wiederholt ins Spiel gebracht. Doch das gilt in Berlin als zur Zeit nicht aktuelle Notlösung. Mit den einst als Weg zur Lösung der sogenannten Transferrubel-Schulden hochgehaltenen „Leuchtturmprojekten“ scheint es noch nicht so weit her zu sein. Deutsche Ansprüche sollen auf diese Weise durch die Beteiligung an russischen Unternehmen abgegolten werden. Doch war im Bundesfinanzministerium noch am Sonn-

tag zu hören, bislang gebe es keine „konkreten“ Projekte.

Schröder hebt sich mit seinem Selbstbewußtsein, das stets im Rahmen des international Vertretbaren bleibt, von seinem Außenminister ab. Der war im Februar zu Gast in Moskau gewesen. Damals war der Streit zwischen Moskau und Washington über die amerikanischen Raketenabwehrpläne auf einem Höhepunkt angelangt. Fischer, den bevorstehenden Antrittsbesuch bei der neuen amerikanischen Regierung fest im Auge, beteuerte in Rußland zwei Tage lang, daß weder Berlin noch Brüssel in diesem Streit zwischen Moskau und Washington vermitteln wollten. Das sollten die beiden Großen unter sich ausmachen, sagte ein deutscher Außenminister, der sich dabei rhetorisch reichlich klein machte.

Im Kanzleramt ist der Ton kurz vor Schröders Rußlandbesuch ein anderer. Des Kanzlers oberster außenpolitischer Berater, Steiner, sagte kürzlich der Zeitung „Die Welt“, Europa sei unter politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein so bedeutender Faktor in der Welt, daß es keinen Grund gebe, „immer nur danach zu schießen, ob wir in Washington denn auch in einer angemessenen Form beachtet werden“. Und Schröder kündigte vor dem Petersburger Treffen eine „neue Normalität“ im Verhältnis zwischen Berlin und Moskau an, „ohne Illusionen, ohne Sentimentalitäten; offen, vertrauensvoll und engagiert, aber ohne unsere jeweiligen beträchtlichen Eigeninteressen zu verleugnen.“



Schröder mahnt zur Achtung der Pressefreiheit

Rußlands Schulden Thema der Beratungen / Deutsch-russische Gespräche in Sankt Petersburg

esl. SANKT PETERSBURG, 9. April. Bundeskanzler Schröder hat zum Auftakt der deutsch-russischen Konsultation in Sankt Petersburg indirekt Rußland zur Achtung der Pressefreiheit gemahnt. Schröder sagte in Gegenwart des russischen Präsidenten Putin am Montag bei der Eröffnung des „Petersburger Dialogs“, Medien müßten „ihre Aufgabe, Menschen zu informieren und die Macht zu kontrollieren, frei ausführen können“. Das deutsch-russische Gipfeltreffen dauert zwei Tage. Bei den Gesprächen wird es auch um Rußlands Schulden bei Deutschland gehen. Schröder gedachte am Beginn seines Besuches der schweren Vergangenheit Petersburgs. Er legte zusammen mit Putin auf dem Piskarjowsker Friedhof einen Kranz nieder; dort sind etwa 470 000 der mehr als 600 000 Menschen begraben, die während der 900 Tage dauernden Blockade der Stadt durch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg umgekommen sind.

Mit Schröder reisten Außenminister Fischer, Innenminister Schily, Verteidigungsminister Scharping, Finanzminister Eichel

sowie Kulturstaatsminister Nida-Rümelin nach Petersburg. Die Minister nehmen an diesem Dienstag zusammen mit ihren russischen Pendanten an den einmal im Jahr stattfindenden deutsch-russischen Regierungskonsultationen teil. Auf der Tagesordnung stehen außer bilateralen Fragen Themen wie die Sicherheit in Europa, das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem, die Lage auf dem Balkan und im Nahen Osten, die Erweiterung der Europäischen Union und der Nato. Auch der fortdauernde Konflikt in Tschetschenien soll zur Sprache kommen. Die deutsche Wirtschaft erhofft sich von Putin ein klares Wort über verbesserte Rahmenbedingungen für deutsche Investoren in Rußland und über die Umsetzung von Strukturreformen in der Wirtschaft. Bisher hatte Putin derartige Reformen lediglich angekündigt.

Der während des Gipfeltreffens stattfindende „Petersburger Dialog“, ein Gesprächsforum von Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien beider Länder, wurde auf Initiative von Schröder und Putin geschaffen. Der

russische Ko-Vorsitzende des Forums, Innenminister Gryslow, sagte zur Eröffnung der Sitzung, für den Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen reichten Kontakte zwischen den Regierungen nicht aus, es müßten gesellschaftliche Gruppen einbezogen werden. Repräsentanten der Zivilgesellschaften sowie unabhängige Personen sind im Forum kaum vertreten.

Bei seiner Ankunft in Petersburg sagte Schröder, er werde bei seinem Treffen mit Putin über Zukunft des unabhängigen Fernsehsenders NTW sprechen. Es sei aber kein zentrales Thema seiner Gespräche. Zweifellos aber werde über den Sender im Petersburger Dialog diskutiert. Der frühere sowjetische Präsident Gorbatschow, der den Beirat von NTW leitet, hat am Montag den Konflikt um den Sender mit Putin erörtert. Putin habe ihm versichert, sagte Gorbatschow nach dem Treffen, daß NTW nicht verstaatlicht werde. Auch habe Putin sich für eine gerichtliche Regelung des Konfliktes ausgesprochen, wie sie die Mitarbeiter des Senders anstreben. (Siehe Seite 3 und Feuilleton.)



Mögliche Mißtöne in der Harmonie

Der aufwendige deutsch-russische Dialog in Sankt Petersburg / Von Elfie Siegl

SANKT PETERSBURG, 9. April. Die Petersburger sind neuerdings daran gewöhnt, daß Straßen im Stadtzentrum gesperrt, Zufahrten zu den Hotels abgeriegelt und Passanten von der Miliz aufgefordert werden, sich auszuweisen. Seit der Petersburger Wladimir Putin russischer Präsident ist, kommen viele hochrangige Politiker in die Stadt an der Newa. Der Satz des Petersburger Schriftstellers Andrej Belyj, wenn Petersburg nicht Hauptstadt sei, dann gebe es kein Petersburg, wird wieder aktuell – wenigstens dann, wenn Putin aus Moskau anreist, um seinen Besuchern aus aller Welt das Fenster Rußlands nach Europa vorzuführen. Dieses Mal ist Bundeskanzler Schröder der Gast Putins. Das zweite Treffen der beiden Politiker in diesem Jahr erhält eine aufwendig und kostspielig inszenierte Begleitmusik: Zur gleichen Zeit treffen sich mehr als hundert Vertreter beider Länder aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medienwelt zum „Petersburger Dialog“.

Rational handelnde Außenpolitiker

In freier Rede, wohl eher harmonisch als kontrovers, wollen sie sich über „Rußland an der Schwelle des 21. Jahrhunderts“ unterhalten. Das jedenfalls ist die Absicht. Man werde behutsam anfangen und müsse sich aneinander gewöhnen, man werde sich kennenlernen und Vorurteile abbauen, sagt der Deutsche Koordinator Peter Boenisch, einst Chefredakteur der „Bild-Zeitung“, später Staatssekretär, der wegen seiner russischen Mutter mit Rußland verbunden ist. Zu Gorbatschows und Jelzins Zeiten habe der persönliche Faktor in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland eine starke Rolle gespielt, sagte der russische Koordinator Boris Gryslow. „Heute regieren dort rational handelnde

Politiker mit anderen außenpolitischen Prioritäten. Unter diesen Bedingungen gewinnt der Dialog zwischen der deutschen und der russischen Bürgergesellschaft wieder an Aktualität.“ Daß auf russischer Seite wichtige Vertreter der Zivilgesellschaft, Menschenrechtler, Umweltschützer und unabhängige Bürger völlig fehlen, stört den Oberstleutnant Gryslow aus Petersburg nicht, der ein enger Vertrauter Putins ist und vor kurzem russischer Innenminister wurde.

Die Nähe zu den Herrschenden

Außenstehenden mag dies ein Beweis für die Nähe des Gesprächsforums zu den Herrschenden beider Länder sein, für die Beteiligten wertet diese Staatsnähe die Veranstaltung auf. Für den Vorsitzenden des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, der einer der Mitorganisatoren des Dialogs ist, hat das Forum seinen Charme darin, daß es Menschen zusammenbringt, die über ihre unmittelbaren fachlichen Bereiche hinaus miteinander ins Gespräch kommen. Die eigentliche Arbeit dieser öffentlichkeitswirksamen Plattform vollziehe sich in Zukunft in den Gremien darunter.

Manche deutsche Rußland-Kenner betrachten diesen Dialog mit gemischten Gefühlen. Der Leiter des Goethe-Instituts in Petersburg, Winfried Eckstein, kritisiert, daß dem Dialog eine Arbeitsebene fehle, auf der „Tacheles“ geredet werden könne. Die Wahl der Teilnehmer sei ein Strukturfehler. „Wichtige russische Kulturinstitutionen wie das Russische Museum in Petersburg und die Moskauer Tretjakow-Galerie sind nicht vertreten. Daß das Goethe-Institut nicht eingeladen wurde, ist für mich ein Waterloo für die Arbeit dieses Instituts.“ Man setze mit diesem Dialog nicht bei der

Stunde Null an, sagt Eckstein und spielt damit auf die deutsch-britischen Gespräche in Königswinter an, die vor fünfzig Jahren begonnen wurden und Vorbild für den Petersburger Dialog sein sollen. Man müsse die Erfahrungsgeschichte von Deutschen und Russen aufgreifen, den Stand der Kenntnisse, der nicht zuletzt auch durch die Arbeit der Goetheinstitute und vieler Nichtregierungsorganisationen in Rußland in Kultur, in Sozial- und Medienforschung erreicht worden sei. „So wichtig Besuche von Politikern auf Friedhöfen sein mögen – Vergangenheitsbewältigung allein reicht nicht mehr aus.“ Der anhaltende Konflikt in Tschetschenien, vor allem aber die Übernahme des unabhängigen Fernsehsenders NTW durch die Gasprom-Media, die Tochter des Gaskonzerns Gasprom, könnten an die Stelle der von den Organisatoren gewünschten Harmonie eine unverhoffte Dissonanz treten lassen.

Eine „wirtschaftliche Frage“ und die Pressefreiheit

Putins Berater sehen die Schwierigkeiten von NTW als rein wirtschaftliche Frage an, da der Sender seine Schulden bei Gasprom in Höhe von 80 Millionen Dollar nicht zurückgezahlt hat; von Teilen der russischen Öffentlichkeit aber wird die Übernahme von NTW durch Gasprom als Anschlag auf die Pressefreiheit im Land gewertet. Auch in Petersburg haben am Wochenende wie in Moskau Tausende für die Pressefreiheit demonstriert. Der Streit um NTW belastet auch das Gipfeltreffen in Petersburg. Schröder wird sich zu diesem Thema äußern müssen, wenn er sich den Fragen von Hörern des Moskauer Radiosenders „Echo Moskwy“ stellt. „Echo Moskwy“ gehört wie NTW zur Holding Media-Most des Geschäftsmanns Gussinskij.



Mit Gerhard und Wladimir

Der erste „Petersburger Dialog“ zwischen Russen und Deutschen / Von Berthold Köhler

SANKT PETERSBURG, 11. April
Am Anfang wollte es keiner gewesen sein. Die Idee stamme vom Bundeskanzler, sagte der russische Präsident Putin im Festsaal der Petersburger Universität. Dem Gast war das zuviel der Ehre: Er habe nicht allein dem Projekt auf die Welt geholfen. Hinter der koketten Distanzierung leuchtete allerdings unübersehbar der Stolz der beiden Politiker auf, nicht nur die offiziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland belebt, sondern gleich auch noch dem offenbar müden Dialog der beiden „Zivilgesellschaften“ auf die Sprünge geholfen zu haben. Diesen Austausch zu fördern ist der offizielle Daseinszweck des Gesprächsforums, dessen Gründung Schröder und Putin im September vergangenen Jahres beschlossen hatten und das jetzt zum ersten Mal in Putins Geburtsstadt tagte.

Nach dem Vorbild der „Königswinter Konferenzen“, in denen die Briten den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg die Demokratie erklärten, soll der „Petersburger Dialog“ die Verständigung zwischen Deutschen und Russen fördern – so die Formulierung der Diplomaten. Im Grunde geht es darum, Entwicklungshilfe für die Organisation einer pluralistischen Gesellschaft zu leisten. Deutschland will seine Erfahrungen aus den Auf- und Umbauzeiten nach 1945 und 1989 weitergeben und Rußland sein schlechtes Ansehen in Deutschland, unter dem es leidet, loswerden. Unternehmer sollen dazu mit Unternehmern reden, Bürgermeister mit Bürgermeistern, Journalisten mit Journalisten, aber, wie Schröder die Freiheit des gesellschaftlichen Diskurses veranschaulichte, auch der „Kölner Sozialexperte mit der russischen Universitätsrektorin“.

Die Aufgeforderten, von denen viele schon viel länger Kontakt zueinander haben und Geschäfte miteinander machen als Putin und Schröder, ertrugen die Einmischung der Staatsgewalt mit Gleich-

mut: Im postsowjetischen Rußland sind die Sphären von Politik, Wirtschaft und Kultur immer noch in einem Maß vermischt, daß selbst Vertretern der deutschen Zivilgesellschaft, die sonst großen Wert auf Staatsferne legen, die Schirmherrschaft des russischen Präsidenten hilfreich, „am Anfang“ gar notwendig vorkommt.

Auch die Regierung Schröder hat gelernt, daß Putin wahrscheinlich noch lange der Dreh- und Angelpunkt für die innere Entwicklung Rußlands und für die deutsch-russischen Beziehungen bleiben wird. Die Ankündigung, man werde anders als die Regierung Kohl das Verhältnis zu Rußland nicht nur auf das Verhältnis zum Präsidenten gründen, sieht inzwischen ziemlich lächerlich aus. Berlin setzt auf Putin, und daher hat Schröder zunächst in den Ausbau seines persönlichen Verhältnisses zum russischen Präsidenten investiert; in Petersburg nannte man sich Gerhard und Wladimir. Schröder war um Harmonie bemüht: keine öffentliche Kritik am Gastgeber, weder wegen dessen Tschetschenien-Politik noch wegen der Investitionshemmnisse für die deutsche Wirtschaft, noch wegen der schlechten russischen Zahlungsmoral, noch wegen der völkerrechtswidrigen Haltung Rußlands in Sachen Beutekunst. Selbst beim Thema Pressefreiheit, das durch den Kampf um den privaten Fernsehsender NTW auf die Tagesordnung gerutscht war, beschränkte sich der Bundeskanzler auf prinzipielle Bekenntnisse und auf symbolische Akte wie das Interview für einen regierungskritischen Radiokanal. Mit dem Hörfunkauftritt Schröders konnte Putin freilich gut leben – war das nicht ein Beweis dafür, daß in Rußland Pressefreiheit herrscht?

Bereitwillig überließen der Kanzler und der Präsident das heikle Thema dem Gesprächsforum, dem ein „Spindoktor“ Putins gütig erklärte, wie komplex der Fall NTW sei. Während Putins Mann auf die ökonomischen Motive der Übernahme des

Senders durch Gasprom verwies und es für beklagenswerter hielt, daß sich der Staat gegen die politische Einmischung von Presseoligarchen wie Beresowskij und Gussinkij wehren müsse, sprach der Chefredakteur des Radiosenders, der Schröder interviewt hatte, von einer „Vektorenverschiebung“ unter Putin: Der Staat versuche, auch jenes Viertel der Medienlandschaft unter seine Kontrolle zu bringen, das er bisher noch nicht beeinflussen könne. Diesem Urteil mochten sich die anderen Chefredakteure – Vertreter von NTW waren nicht eingeladen – allerdings nicht gänzlich anschließen: ein Beispiel dafür, wie schwer es den Russen selbst noch fällt, Putin einzuschätzen.

Der Bundeskanzler, auch als Außenpolitiker ganz Pragmatiker, scheint sich dagegen nicht mit solchen Fragen zu quälen; Putin ist Staatsoberhaupt Rußlands, und das kann man schließlich nicht so behandeln wie Österreich. Rußland – das blieb auch unter Schröder eine der Grundlinien der deutschen Außenpolitik – muß stabilisiert und in die europäische Politik „eingebunden“ werden. Das ist eine Aufgabe, der sich auch der „Petersburger Dialog“ widmen kann. Dort müßten freilich die Offenheit und Direktheit der Bürger herrschen, nicht die der Regierungen. Der erste Gipfel der „Zivilgesellschaften“ in Petersburg litt darunter, daß die Teilnehmer von russischer Seite sehr sorgsam ausgesucht worden waren; unliebsame Menschenrechtsorganisationen etwa waren nicht darunter. Die einheimische Presse hatte daraufhin Mühe, das Gesprächsforum von den Regierungskonsultationen zu unterscheiden. Beim nächsten Treffen, das in einem Jahr stattfinden soll, werden die Russen nicht mehr sagen können, sie hätten keine genaue Vorstellung davon gehabt, was die Deutschen mit dem Konzept der „Königswinter Konferenzen“ verbanden. In Weimar, dem nächsten Tagungs-ort, wird sich verlässlicher als in Petersburg erweisen, was Putin wirklich unter einer Zivilgesellschaft versteht.



Ein Fall von Etikettenschwindel

In Sankt Petersburg riefen Russen und Deutsche den „Gipfel“ der Zivilgesellschaft aus, vertreten war sie nicht

Von Florian Häsael (Sankt Petersburg)

Es ist der Blick aus dem Fenster, der Dmitrij Dubrowskij davon überzeugt hat, dass es zu einer zivilen Gesellschaft in Russland noch ein weiter Weg ist. Dubrowskij, ein 30 Jahre alter Völkerkundler mit blonden Haaren und einem buschigen Schnurrbart gleicher Farbe, wohnt neben einem der großen Märkte von Sankt Petersburg. Wenn Russlands Innenminister mal wieder den „Kampf gegen den Terrorismus“ ausruft, hat Dubrowskij einen Logenplatz – und sieht immer das Gleiche: „An den Marktständen treiben die Polizisten alle Händler und Passanten aus Tschetschenien und Aserbaidschan, Armenien oder Korea zusammen. Dann wird abkassiert: Wer ein paar hundert Rubel Bestechungsgeld zahlt, wird freigelassen, wer kein Geld hat, wird aufs Polizeirevier gebracht und dort oft erst einmal zusammengeschlagen.“

Dubrowskij belässt es nicht beim Zuschauen. Seit anderthalb Jahren versucht der Völkerkundler an der Sankt Petersburg European University, Lokalpolitikern, Polizisten und anderen Beamten zivileres Benehmen beizubringen. Der Chef des staatlichen Migrationsdienstes, unter anderem zuständig für die Registrierung von Flüchtlingen, schickt Dubrowskij seine Männer zur Schulung in halbjährigen Abendkursen. „Einer der Beamten hat in beiden Tschetschenienkriegen als russischer Soldat gekämpft. Jetzt soll er tschetschenische Flüchtlinge betreuen. Es hat eine Weile gedauert, bis er von seiner neuen Aufgabe überzeugt war“, schildert Dubrowskij.

Weniger Glück hatte der Völkerkundler mit seinem Vorstoß bei der Sankt Petersburg Polizei. „Einer der Polizeichefs sagte: Wir können eure Toleranzkurse nicht gebrauchen. Später müssen wir ohnehin wieder gegen die Kaukasier kämpfen.“

Dimitrij Dubrowskij ist nicht der Einzige, der sich in Sankt Petersburg redlich mit dem Aufbau der Zivilgesellschaft bemüht. Schätzungsweise 70 000 Bürgervereinigungen, Menschenrechtsbewegungen und andere nichtstaatliche Organisationen sind in Russland registriert, viele davon in Sankt Petersburg. Jurij Wdowin und seine Kollegen von „Graschdanskij Kontrol“ (Bürgerkontrolle) zum Beispiel gehören zu Russlands renommiertesten Bürgerrechtlern. Und Alexander Nikitin von der Umweltorganisation Bellona, bekannt geworden durch seinen jahrelangen Kampf mit dem Geheimdienst FSB, versucht gerade eine breite Koalition von Anti-Atom-Bewegungen in ganz Russland zu

einer effektiveren Koalition zusammenzuschmieden.

Doch als sich Deutsche und Russen in den vergangenen beiden Tagen in der Sankt Petersburg Universität – zeitgleich mit den deutsch-russischen Regierungsberatungen – zum ersten „Petersburger Dialog“ trafen, waren weder Dubrowskij noch Wdowin oder Nikitin eingeladen. Dabei hatten die Dialog-Initiatoren – der russische Präsident Wladimir Putin und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder – die Veranstaltung, die ausdrücklich etwas anderes sein sollte als weitere offizielle Beratungen, vorab vollmundig zum Kernstück der deutsch-russischen Treffens und zum „Gipfel der Zivilgesellschaft“ erklärt.

„Wir brauchen einen intensiveren Dialog zwischen den Zivilgesellschaften, einen Gesprächskreis mit herausragenden Repräsentanten der Zivilgesellschaften unserer Staaten“, sagte Schröder, als er die Veranstaltung am Montagabend gemeinsam mit Putin im Großen Saal der Universität eröffnete. Der Dialog, so des Kanzlers Worte, solle „einen Beitrag zum Aufbau und zur Entwicklung“ einer solchen demokratischen Basisarbeit in Russland leisten, mit lebhaften Diskussionen und großer „Ausstrahlung in die Gesellschaft“.

Doch vor allem die russischen Organisatoren hatten, mit Innenminister Boris Gyslow an der Spitze, alles getan, um die Gesellschaft draußen zu halten. Streng abgeschirmt von der Öffentlichkeit versammelten sich die üblichen Verdächtigen im von goldenen Standuhren, Ölbildern und historischen Dokumenten geschmückten Universitätsmuseum zur Diskussion über das angeblich zentrale Thema „Politik und Zivilgesellschaft“.

Auf deutscher Seite waren neben außenpolitisch interessierten Politikern wie SPD-Fraktionsvize Gernot Erler, Karl-Heinz Hornhues (CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der deutsch-russischen Parlamentariengruppe) oder Gregor Gysi (PDS) sowie Stiftungsvertretern, Professoren und Politologen immerhin einige mit von der Partie, die die Schwierigkeiten der russischen Zivilgesellschaft nicht nur theoretisch kennen: etwa Stefanie Schiffer vom Berliner Deutsch-Russischen Austausch, der seit neun Jahren Sankt Petersburg Bürgergruppen bei ihrer Arbeit unterstützt.

Der auf russischer Seite mit der Organisation befasste Lenkungsausschuss aber machte seinem Namen alle Ehre: Boris Gyslow, bis zu seiner Ernennung zum Innenminister Vorsitzender der Kreml-Parlamentsfraktion „Einheit“, sorgte für eine

fast ausschließlich kremlnahe Teilnehmerliste, auf der sich nicht ein einziger mit dem Aufbau der Zivilgesellschaft befasster Praktiker wiederfand. „Wir wollten das Problem der Zivilgesellschaft auf der Ebene von Experten, Politologen und realen Politikern diskutieren“, sagte Oleg Morosow, Vorsitzender der ebenfalls kremlnahen Duma-Fraktion „Russische Regionen“ und Leiter der Diskussion „Politik und Zivilgesellschaft“. Die Probleme, die etwa die bekannteste russische Menschenrechtsorganisation Memorial formuliere, „sind nicht die, die für Russland zurzeit wichtig sind“.

Statt über Zivilgesellschaft zu reden, nutzten der Parlamentarier Konstantin Kosatschew und Ex-Premier Wiktor Tschernomyrdin ihre Zeit zu ausufernden außenpolitischen Monologen. Sie trieben von der Globalisierung über den geplanten US-Raketenabwehrschirm, die Bedrohung Russlands durch einen aggressiven Islamismus bis zum Kosovo-Krieg und der Nato-Osterweiterung alle bekannten Schlachtrosse der Außenpolitik auf die Rednertribüne.

Für die eigentliche Diskussion über die Zivilgesellschaft blieben zweieinhalb Stunden Zeit. In denen wurde immerhin klar, dass russische Offizielle unter diesem Begriff nicht in erster Linie die Beteiligung engagierter Bürger an der Politik verstehen, sondern darunter fast alle Probleme des russischen Staatsaufbaus zusammenfassen. Das Themenspektrum umfasste die Reformen unter Zar Peter dem Großen wie die Notwendigkeit der Neuregelung von Kompetenzen und Steuern zwischen Moskau und den Regionen und die historischen Traditionen der bürgerlichen Gesellschaft. Der Göttinger Soziologe Peter Lösche steuerte die Erkenntnis bei, dass „nicht alles, was nicht Staat ist, automatisch Zivilgesellschaft ist“.

Konkrete Probleme russischer Streiter für eine echte Zivilgesellschaft – wie die Verweigerung der Registrierung von Bürgerbewegungen, zunehmende Überwachung durch den Geheimdienst oder Druck der Steuerbehörden – blieben unerwähnt. Konkrete Projekte? Fehlanzeige. Dass die Heinrich-Böll-Stiftung an einem der Tagungsabende Sankt Petersburg Bürgerinitiativen im Büro der Organisation „Bürgerwacht“ versammelte, blieb den Teilnehmern des „Petersburger Dialogs“ verborgen: Sie waren zu diesem Zeitpunkt bereits zum Festkonzert in den prachtvollen Räumen der Eremitage eingetroffen.



Zwei Chancen vertan

Ein Gipfel, der seinen Namen verdiente, war es nicht, was Deutsche und Russen in Sankt Petersburg zu Standa brachten: weder bei den Regierungsgesprächen den noch bei der Premiere des „Peteraburger Dialogs“, zuvor zum „Gipfel der Zivilgesellschaft“ hoch geredet. Alles, was Schröder und Putin vorweisen konnten, waren ein drittrangiges Abkommen über Kooperation im Weltraum und das Versprechen, weiterhin russische Manager nach Deutschland zu holen – normalerweise eine Meldung für den Papierkorb.

Bedenklicher ist, dass Schröder auf überfällige öffentliche Kritik am autoritären Regierungsstil Putins weiter verzichtet und Fragen zum andauernden Tschetschenienkrieg oder der bedrohten Pressefreiheit nur noch als lästig zu empfinden scheint. Deutsche Politik gegenüber Mos-

kau beschränkt sich auf die Anbahnung möglichst vieler, möglichst lukrativer Verträge für deutsche Firmen. Geht es so weiter, kann man die deutsch-russischen Regierungsgespräche bald durch ein Vertretertreffen ersetzen.

Beim Peteraburger Dialog sieht die Bilanz nicht besser aus. Bürgerbewegungen und Menschenrechtsorganisationen, die das Rückgrat einer jeden Zivilgesellschaft bilden, werden vom Krenl systematisch geschnitten und von Putins Geheimdienst unter Druck gesetzt. Die deutschen Organisatoren hätten sie an ihren Tisch holen und gegenüber den vielen Krenlgetreuen ein notwendiges Zeichen setzen können. Stattdessen erschöpfte sich der Dialog in abstrakten Diskussionen mit geringem Realitätsbezug. Deutschland hat in Petersburg gleich zwei Chancen vertan. fn



„Wir können nur reden“

Schröder und Putin kommen gut miteinander aus, heißt es. Doch noch immer rätseln die Deutschen: „Wer ist Putin?“ Und verlassen den Gipfel ohne greifbare Ergebnisse.

M. BRÜGGMANN, M. ZIENER, St. Petersburg
HANDELSBLATT, 11.4.2001

Darf ich beginnen oder willst Du?“ Galant lässt der russische Präsident dem Kanzler den Vortritt beim Auftritt vor den Kameras in Putins Heimatstadt St. Petersburg. Und Gerhard Schröder lacht herzlich, als sich Wladimir Putin seinen Redetext nach erfolgreichem Kramen in der Jackettasche von einer Mitarbeiterin reichen lassen muss. Scherzen vor Publikum gehört zur neuen Freundschaft und verdeckt, dass es keine Fortschritte in der gemeinsamen Politik beider Länder gibt.

Scherze und immer wieder ausgetauschte Freundlichkeiten sind auch die Szenen, aus denen die Umgebung des Kanzlers immer wieder schlussfolgert, dass „die Chemie zwischen beiden stimmt“. Die gegenseitige Achtung, vielleicht sogar so etwas wie menschliche Verbundenheit sieht man beiden an. Allerdings vermeiden beide auch nach sechs Treffen innerhalb eines Jahres peinlich genau, wie ihre Vorgänger von „Drug Gelmut“ (Freund Helmut) und „Boris“ zu sprechen. Die Zeit der Saunafreundschaft ist vorbei.

Dabei können die beiden Spitzenpolitiker heute sehr viel persönlicher reden als ihre Vorgänger im Amt. Da beide Deutsch sprechen, das Putin als KGB-Agent in Leipzig und Dresden gelernt hat, sind bei ihren Vier-Augen-Gesprächen auch tatsächlich nur beide zugegen. Ihre engste Umgebung bekommt also wenig mit – und schon gar nicht am Montagabend, als Schröder und Putin auf einem Restaurantschiff bei Lachs-Variationen die Regierungsgeschäfte diskutieren. Denn da spielen Balalaikas und Quetschkommoden so laut auf, dass die Gespräche für die ringsum gruppierten Mitarbeiter in den russischen Melodien untergehen.

Die Frage „Wer ist Putin?“ hat die

Bundesregierung noch immer nicht für sich klären können: „Hat er als Präsident wirklich alle Fäden in der Hand? fragen wir uns“, räumt ein enger Vertrauter des Bundeskanzlers ein. „Kann er wirklich immer so entscheiden, wie er es für richtig hält, oder sind ihm Grenzen gesetzt?“ Ähnliche Fragen stellen sich die deutschen Minister über ihre russischen Gegenüber und betonen immer wieder, dass der Umgang persönlich sehr anregend sei. Auch hier, „stimmt also die Chemie“.

Das Gleiche gilt abseits der Politikerdelegationen beim „St. Petersburger Dialog“, einer aufwendig inszenierten Begleitmusik zum Gipfel. Mehr als hundert Vertreter beider Länder aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien redeten da miteinander, fast ohne diplomatische Floskeln. Ein Hauptthema, klar, ist die Übernahme des Moskauer TV-Senders NTW durch die staatlich beherrschte Gazprom.

Auf dem deutschen Kanzler ruhen dabei viele Hoffnungen russischer Journalisten, Schröder möge Putin zum Umdenken veranlassen. „Wir haben es gerade bei den Personalentscheidungen mit rein politischen Fragen zu tun“, sagt Alexej Wenediktow, Starmoderator des Informationssenders „Echo Moskau“. „Und die sind Sache des Präsidenten.“

Die Zukunft von NTW, des Senders, der im ersten Tschetschenienkrieg überhaupt erst eine Öffentlichkeit in Russland hergestellt hat, provoziert Kontroversen natürlich in der Arbeitsgruppe Medien im „Dialog“. Gestritten wird quer durch alle Reihen, unter Deutschen wie Russen, und endlich entsteht eine Debatte dort, wo zuvor nur endlose Reden gehalten wurden. Gleb Pawlowskij, Leiter der Stiftung für effektive Politik, polemisiert: „Die Jelzin-Jahre, als NTW an den Fleischtöpfen saß, sind vorbei – das ist es, was die Journalisten erregt.“ Andere halten dagegen: Der Kremel spiele über den staatlichen Konzern Gazprom nur seine Macht aus, weil er jetzt andere, willfährigere Medienfavoriten zum Zuge kommen lassen wolle.

Der Chef von Gazprom, Rem Wjachirew, sitzt derweil in der Arbeitsgruppe Wirtschaft und sagt erst einmal gar nichts. Weder zu den deutschen und russischen Teilnehmern noch zu der wartenden Meute russischer Journalis-

ten vor der Konferenztür. Hier heißt das Reizwort nicht NTW, sondern Hermes. Ein russischer Banker sieht in dem teuren Bürgschaftsinstrument ein Hindernis für Geschäfte mit Deutschland, glaubt gar, die hohen Prämien, die russische Importeure zu zahlen hätten, subventionierten den deutschen Mittelstand.

Hochgezogene Augenbrauen, verlegenes Räuspern bei den Deutschen, schließlich aber die offene Antwort: Bringt ihr euren Bankensektor in Ordnung, dann brauchen wir kein Hermes mehr! Beifälliges Kopfnicken nicht nur bei den Deutschen – auch bei manchem Russen. Ein junger Unternehmer raunt gar: „Knapp drei Jahre nach der Rubelkrise wird es höchste Zeit, dass die in Moskau das verstehen.“ Offene Worte, hier sind sie möglich.

Dass das Forum bei aller Offenheit wenig bewegen würde, war klar. Aber warum ist das auch bei Schröder und Putin so? „Wir können nur reden“, sagt Schröders Vertrauter. „Die Washingtoner Politik des Anprangerns hat doch auch noch keine reiferen Früchte gebracht.“ Putin zeigt sich unberührt von der Kritik an seiner Medienpolitik, am Abschnüren bürgerlicher Freiheiten, dem Krieg gegen das eigene Volk in Tschetschenien.

Immerhin schweigt er nicht mehr zum Fernsehsender NTW. „Alle Beteiligten wollen den Staatschef oder die internationale Gemeinschaft auf ihre Seite ziehen. Ich sollte aber nicht diesen Brei auslöffeln, der seit Jahren von anderen angerührt worden ist“, lässt sich Putin vor deutschen Journalisten bei seiner Pressekonferenz mit dem Kanzler ein und verweist auf den Gerichtsweg, auf dem der Eigentümer seine Rechte am Kanal sicherstellen könne. „Das ist alles.“

Auch der Kanzler schweigt auf der Pressekonferenz dazu. Er hatte sich tags zuvor für die Pressefreiheit in Russland ausgesprochen. Und dann ausgerechnet dem unabhängigen russischen Radiosender „Echo Moskau“ ein Interview gegeben. „Das ist nicht demonstrativ“, sagt Schröder, aber wohl auch kein Zufall, kann man ergänzen. In seinen Gesprächen mit Putin jedenfalls, so heißt es von deutscher Seite, kam das Thema Pressefreiheit nur



kurz zur Sprache. Den Bürgerrechten in Russland gilt nicht der Großteil der Kanzlerzeit.

Dafür hilft Putin seinem Gast aus der Patsche, als kritische Frager vom deutschen Regierungschef wissen wolle, ob er denn in der Tschetschenien-Frage Druck mache. „Die deutsche Seite schenkt dem ständig Aufmerksamkeit“, antwortet Putin. So kommen beide um wunde Punkte herum – Putin, dem vorlaufenden Kame-

ras keine Demokratiedefizite von ausländischen Staatsgästen vorgeworfen werden, und Schröder, dem manche vorwerfen, die Augen vor der russischen Realität zu verschließen.

„Was sollen wir denn machen?“ fragt sich ein Helfer des Kanzlers. „Russland hat schließlich ein gewaltiges Arsenal an Atomwaffen und wird in der internationalen Sicherheitsarchitektur gebraucht.“ Wie geht man also um mit dem Land, das ein Siebtel der Erde ausmacht und wie ein Block zwischen Europa und Asien liegt? Diese Frage bleibt auch in St. Petersburg

unbeantwortet.

Und so kommt es eben trotz großer Ministerdelegationen, unzähliger Gespräche und eines gemeinsamen Kneipenbesuchs der beiden Spitzenpolitiker spät am Abend in St. Petersburg zu keinen greifbaren Resultaten. „Die russische Seite hat sich kaum bewegt“ in der Frage der Transferrubel-Schulden, begründen deutsche Beamte das Resultat. Und die fast schon um Mitleid bitenden Ministerialen kommentieren ihre ergebnislosen Gespräche mit Putins Worten: „Das ist alles.“



Kleine Brötchen – großes Geschäft

Große Veranstaltungen produzieren große Erwartungen: Der mit einigem Pomp parallel zu den deutsch-russischen Regierungskonsultationen stattfindende „Petersburger Dialog“ soll Russen und Deutsche zueinander führen. Und das nicht nur auf der Ebene der Regierungschefs und ihrer Minister, sondern durch die Begegnung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten. Die Meinungsführer sollen sich austauschen, sollen das Ergebnis ihres Dialogs in Form konkreter Projekte in ihre Gesellschaften hineinbringen. Das haben sich Präsident Putin und Kanzler Schröder persönlich ausgedacht.

So weit die Theorie. Zum Auftakt wurde klar, dass der Dialog nicht nur ein glanzvolles, sondern auch ein mühsames Geschäft ist. Zu zweideutig sind die Begriffe, zu festgefahren die Vorurteile, zu unterschiedlich die Interessen: Wer mit-

einander redet, muss sich nicht unbedingt auf Anlieh auch verstehen. Der Begriff Zivilgesellschaft etwa ist in Deutschland anders besetzt als in Russland. Das heißt nicht, dass man die Forderung nach Stärkung selbiger in Russland aufgeben sollte. Es heißt nur, dass es mit dem Fordern allein nicht getan ist – zwingend ist, dass man sein Anliegen durch mehr als nur ein Schlagwort vermittelt.

Das Petersburger Elitentreffen ist nur als Anfang gedacht, der deutsch-russische Dialog soll institutionalisiert werden. Dies gibt die Chance, beim nächsten Mal auch jüngere Leute hinzuzuziehen zu den bekannten Tagungsfreunden und Kongresstouristen, und auch die unbequemen und praxisorientierten Nichtregierungsorganisationen einzuladen. Mit großem Aufwand also kleine Brötchen backen: Wenn es funktioniert – warum dann nicht? ave



Dialog mit Lücken

Deutsche und Russen im Gespräch über die Zivilgesellschaft

Die Idee ist ebenso überzeugend wie ambitioniert: Statt immer nur die Regierungschefs zusammensitzen zu lassen, finden sich Vertreter der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten ungestört und in offener Atmosphäre an einem Tisch zusammen und diskutieren miteinander, wie und was man in den gegenseitigen Beziehungen zweier Völker verbessern kann. Zwischen Deutschland und Großbritannien hat dies mit dem seit Jahrzehnten bestehenden Forum der Königswinter-Gespräche eine beispielhafte Form angenommen. Sie sind längst Synonym für das weitgehend konfliktfreie deutsch-britische Verhältnis auch jenseits der Regierungsebene.

Warum also, so dachten sich Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Wladimir Putin, sollen sich Russen und Deutsche nicht auch auf diese Weise besser verstehen lernen? Nötig wäre dies vor dem Hintergrund der gemeinsamen jüngeren Geschichte allemal: Bis heute ist die Erinnerung an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion frisch, misstrauen die Russen den Deutschen trotz aller Sympathie noch immer, bestehen auch auf deutscher Seite deutliche Vorbehalte. Deshalb also trommelten Kanzler und Präsident eine Reihe hochkarätiger Experten aus ihren beiden Staaten zusammen: Politiker, Wirtschaftsbosse, Theaterleute, Wissenschaftler, Hochschullehrer, Journalisten. Fünf Themenfelder sollten diese beim einhalbtägigen „Petersburger Dialog“ erarbeiten: Politik und Zivilgesellschaft, Bildung und Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, und schließlich noch

das Thema Medien. Dass es nicht ausschließlich Russland- und Deutschland-Experten waren, die da zusammenkamen, gehörte zum Programm. Weniger dezidierte Fachkenntnis als größtmögliche Offenheit sollten den „Petersburger Dialog“ prägen.

Spektakuläre konkrete Ergebnisse waren da nicht zu erwarten: Das Kennenlernen, das Zur-Kennntnis-Nehmen unterschiedlicher Ansichten, ist für sich gesehen schon ein Ergebnis. Wie schwer es etwa die russischen Medien vor allem in den Regionen haben, weil sie weitestgehend von den lokalen Machthabern und den Gouverneuren abhängig sind, dürfte den meisten der versammelten deutschen Chefredakteure und Mediengrößen schlicht nicht bekannt gewesen sein. Dass es in Russland generell keine eindeutig befürwortende Haltung zur Medienfreiheit gibt, spiegelt sich auch in der Bemerkung des deutschen Medienmannes Peter Boenisch wider. „Zehn Russen, 16 Meinungen.“ Auffällig auch, dass sich nicht einmal die Russen untereinander einig sind, ob es in Russland bereits eine Zivilgesellschaft gibt, wie es der liberale Politiker Igor Artenjew sieht, oder ob diese überhaupt nicht existent sei, wie das der Kreml-nahe Publizist Gleb Pawlowskij behauptet.

Dass man sich angesichts dieser jungfräulichen Ausgangslage am Ende auf Vorschläge wie etwa die Gründung einer russischen Akademie in Berlin und eines bilateralen Instituts für deutsch-russische Kunstgeschichte geeinigt hat, ist ein echter Erfolg. Dies allein reicht indes nicht aus. Vor allem die Zusammensetzung der Gremien lässt erkennen, dass der „Peters-

burger Dialog“ noch kein wirklich bürgernahes Forum ist, über das die mehr oder weniger ausgeprägten Zivilgesellschaften der beiden Staaten miteinander kommunizieren könnten. Sehr viele hochmögliche Herren mit großen Titeln waren in beiden Delegationen anwesend, aber sehr wenig Frauen und viel zu wenig junge Teilnehmer.

Treffen ohne die Praktiker

Zudem wurden praktisch keine Vertreter von Nichtregierungs-Organisationen eingeladen. Diese Praktiker, die den deutschen und den russischen Alltag kennen, fehlten vor allem auf der Moskauer Seite. Dabei gibt es sie: etwa die Menschenrechtsorganisation Memorial oder den Glasnost-Fond. Diese Organisationen mögen nicht immer bequem sein, aber sie haben einiges zu sagen zum Zustand Russlands. Die russische Seite wollte solche Leute aber offensichtlich nicht dabei haben. Warum sonst sollte der Duma-Abgeordnete Oleg Morosow sagen, man habe sich bei der Zusammenstellung der Teilnehmerliste „um echte Praktiker des politischen Geschäfts“ bemüht. Organisationen wie Memorial habe man nicht am Tisch sehen wollen.

Sollte dies auch beim nächsten Treffen in Weimar so sein, würde man dem deutsch-russischen Dialog einen Bärendienst erweisen. Sich kennen zu lernen zwischen Völkern, heißt auch, die inneren Konflikte eines Landes klar zu sehen und zu begreifen. Das gilt sowohl für die russische als auch für die deutsche Seite.



Für eine zivile Bürgergesellschaft und Pressefreiheit

Auf dem deutsch-russischen Gipfel werden Präsident Putin und Kanzler Schröder heute den „Petersburger Dialog“ ins Leben rufen

In St. Petersburg kommen heute Russlands Präsident Putin und Bundeskanzler Schröder zusammen. Sie wollen eine neue Tradition begründen, einen breit angelegten Dialog zwischen beiden Ländern und beiden Gesellschaften.

Von Adrian Zielcke

Wladimir Putin stammt aus Petersburg, er liebt diese Stadt. Hierher lädt er seine Gäste lieber ein als nach Moskau. Petersburg verkörpert die Nähe zu Europa. Schließlich hat Peter der Große die Stadt vor 300 Jahren als „Fenster zum Westen“ gegründet. Putin sieht sich durchaus in der Nachfolge dieses Zaren, der Russland mit Gewalt in die Moderne, in den Westen stoßen wollte. Gerade erst hat es Putin in seiner Rede zur Lage der Nation gesagt: „Die Normen in Russland müssen den in der zivilisierten Welt üblichen angeglichen werden.“ In Russland gehen bis heute die Uhren anders.

Weder in der Wirtschaft noch in der Justiz, noch gar im Bereich der Medien herrschen heute die Normen, die inzwischen im Westen üblich sind. Und Putin selbst verwickelt sich in größte Widersprüche, wenn er einerseits westliche Werte beschwört und andererseits den freien Medien die Luft zum Atmen nimmt. Aber gerade Russlands Rückständigkeit, seine Schwächen machen Gespräche immer notwendiger. Nichts wäre schlimmer für Europa, als wenn Russland entweder in Anarchie versinkt oder sich erneut als ein totalitärer Staat wiederfindet.

Schröder und Putin wollen nun abseits aller offiziellen Konsultationen eine neue Tradition begründen, den Petersburger Dialog. Vorbild sind die Königswinterer Gespräche, die jahrzehntelang die Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien geprägt haben. Der transatlantische Raum wie auch Europa wachsen heute auch ohne politische Vorgaben zusammen. Insofern haben Atlantikbrücke, Königswinterer Gespräche, und viele Städtepartnerschaften, die nach dem Zweiten Weltkrieg bitter notwendig waren, ihren Sinn verloren.

Im Osten aber ist alles anders. Was weiß man heute in Deutschland von Russland? Wie groß ist überhaupt noch die Bereitschaft, einmal den Blick nach Osten zu richten? Gleichgültigkeit und Desinteresse überwiegen. Umgekehrt herrschen in Russland Un-

kennntnis und falsche Vorstellungen über das Leben im Westen. Der Petersburger Dialog soll die Verständigung zwischen Deutschland und Russland fördern, die Zusammenarbeit in allen Bereichen der Gesellschaft vertiefen und Vorurteilen entgegenwirken.

Der Petersburger Dialog findet jährlich einmal statt – abwechselnd in Deutschland und in Russland. Jeweils 50 prominente Vertreter des öffentlichen Lebens nehmen daran teil. Auf deutscher Seite werden diese Treffen im Wesentlichen vom Deutsch-Russischen Forum organisiert, ohne das in den letzten Jahren viele Fäden gerissen wären, die beide Länder heute noch verbinden.

Die deutsche Seite hat zum Auftakt des Dialogs alles aufgeboten, was Rang und Namen hat. Politiker, Manager, Bankiers, Wissenschaftler, Chefredakteure – niemand hat sich dem Appell verweigert, sich zu engagieren und die wie abgestorben erscheinenden Beziehungen neu zu beleben. Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) und Klaus Mangold, der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, sind ebenso anwesend wie Ulrich Bopp, der Geschäftsführer der Robert-Bosch-Stiftung, den das Thema Zivilgesellschaft umtreibt. In Russland eine Zivilgesellschaft aufzubauen ist eine Jahrhundertaufgabe. Aber was geschieht, wenn nichts geschieht?

Deutschland ist kein Makler zwischen Ost und West, Schröder kein Vermittler zwischen den USA und Russland. Je unbefangener die deutsche Politik nach größerer Unabhängigkeit sucht, desto klarer muss für alle Beteiligten sein, dass Deutschlands Zukunft untrennbar mit der Zukunft Amerikas verbunden ist. Erst diese Klarheit ermöglicht es Berlin, Russland Hilfestellung auf seinem langen Weg nach Europa zu geben und zugleich kritische Positionen gegenüber Washington einzunehmen.

In dem Augenblick, in dem die deutsche Politik unter den Verdacht der Schaukelei zwischen Ost und West geraten sollte, ist es mit ihrer Beweglichkeit vorbei. Deshalb ist gerade im deutsch-russischen Dialog Klarheit notwendig. Sonst produziert man nur gegenseitige Missverständnisse und Enttäuschungen, das Gegenteil dessen also, was man anstrebt.



Der Mediengipfel

Beim „Petersburger Dialog“ mit Wladimir Putin
singt Gerhard Schröder das Loblied auf die Zivilgesellschaft

VON CHRISTOPH VON MARSCHALL,
SANKT PETERSBURG

Kurz vor der Landung muss die Kanzlermaschine eine Schlecht-Wetter-Front durchqueren, aber im Stadtzentrum von St. Petersburg wird Gerhard Schröder von einer warmen Frühlingssonne begrüßt. 16 Grad in diesen Breiten Anfang April – es wirkt, als lächle der Himmel gütig zu den Versöhnungsriten der Weltkriegsgegner. Bei der Kranzniederlegung vor der „Rodina Matj“, (Mutter Heimat), einer zwölf Meter hohen Bronzestatue, trifft Gerhard Schröder zum ersten Mal bei den diesjährigen Regierungskonsultationen auf Wladimir Putin. Auf dem Piskarjow-Gedenkfriedhof liegt eine halbe Million der insgesamt 900 000 Opfer der fast dreijährigen deutschen Belagerung Leningrads, wie St. Peterstburg zu Sowjetzeiten hieß. In die granitene Gedenkmauer am Ende des monumentalen Gräberfeldes sind Verse der russischen Dichterin Olga Bergholz eingeschlagen: „Doch wisse, wenn Du diese Steine siehst: Keiner ist vergessen, und nichts ist vergessen.“

In der Erinnerung an das düstere Kapitel scheinen der Kanzler und der Präsident diesmal leichter Gemeinsamkeiten zu finden als bei den aktuellen Fragen: Begleichung der russischen Schulden, die unterschiedliche Haltung zur US-Raketenabwehr, Klagen der deutschen Wirtschaft über Protektionismus des russischen Markts und Behinderungen bei Investitionen.

Nachmittags, in der Petersburger Universität, scherzen Putin und Schröder miteinander, während Rektorin Werbizkaja die lange Tradition dieser 1724 von Peter dem Großen gegründeten „Zwölf Kollegien“ am Nevaufer erklärt. Sie sind gekommen, um den „Petersburger Dialog“ der Zivilgesellschaften zu eröffnen. Zu diesem Zeitpunkt tagt die regierungsunabhängige Runde von Vertretern der Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft bereits seit einigen Stunden.

Putin spricht höflich, erwartet sich neue Impulse für die deutsch-russische Partnerschaft, hofft auf eine Ideenbörse. Und er sagt, auch Kritik könne für Regierungen durchaus von Nutzen sein. Eine einlenkende Anspielung auf den Kampf um den Kremlkritischen Fernsehsender NTW, den der staatliche Energiekonzern Gazprom übernehmen möchte? Am Samstag hatten Zehntausend in Moskau dagegen protestiert. Am Sonntag auch 3000 in St. Petersburg.

Der Kanzler setzt sich für NTW ein – aber indirekt, so wie er es in China mit den Menschenrechten gemacht hat. Gerhard Schröder argumentiert mit ökonomischem Nutzen: „Ohne eine moderne Zivilgesellschaft kann es weder eine funktionierende Demokratie noch eine dauerhaft stabile Marktwirtschaft geben. Ein starkes Russland, wie wir alles es uns wünschen, braucht eine solche Zivilgesellschaft, wie es Medien braucht, die ihre Aufgabe, die Menschen zu informieren und die Macht zu kontrollieren, frei ausüben können.“



Gezahlt wird später

Schröder, Putin und die Symbole

VON CHRISTOPH VON MARSCHALL,
ST. PETERSBURG

So viel Vergangenheit, so viel Zukunft – und die Gegenwart? Wenn man nach der Symbolik geht, die bei den diesjährigen Regierungskonsultationen entfaltet wird, müssen die deutsch-russischen Beziehungen in einem hervorragenden Zustand sein. Das gemeinsame Kriegsgedenken gleich nach Schröders Ankunft auf dem Piskarjow-Friedhof ist ganz auf Versöhnung ausgerichtet. Schröder schreitet durch die Monumentalanlage mit Gräberfeldern für eine halbe Million Menschen, Opfer der deutschen Belagerung von Leningrad, an den ewigen Flammen vorbei zur zwölf Meter hohen Bronzestatue der „Mutter Heimat“, ordnet die Schleifen am Kranz. Erinnerungen an Kohl und Mitterrand im französischen Verdun werden wach, an Kohl und Mazowiecki im polnischen Kreisau.

Nachmittags dann die Zukunft: Kanzler und Präsident eröffnen den Petersburger Dialog der Zivilgesellschaften – nach dem Vorbild der deutsch-britischen Königswinter-Gespräche. Rasch haben die regierungsunabhängigen Vertreter aus Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft praktische Vorschläge parat: In den nächsten Jahren soll eine Russische Akademie in Berlin entstehen und in Moskau ein Deutsches Historisches Institut; den Austausch junger Wissenschaftler will man mit Stipendien fördern, und in die Regelung der Beutekunstfragen steigt man mit dem Austausch großer Ausstellungen ein. Nun, wer das alles finanzieren soll, ist noch nicht geklärt. Und aus manchen Arbeitsgruppen gibt es Klagen, die Russen hätten vorgefertigte Resolutionen mitgebracht. Aber immerhin, der Dialog der Zivilgesellschaften hat begonnen.

Der Ort verbindet Vergangenheit und Zukunft. Vor 300 Jahren hatte Peter der Große

die Stadt als Fenster nach Europa gegründet. Von hier aus ist Russland mit Hilfe deutscher Beamter, wie Putin betont, modernisiert worden. Auch heute ist St. Petersburg, dieses „Venedig des Nordens“, mit seinen herrschaftlichen Palästen an den Ufern des dichten Kanalnetzes, die Stadt mit der westlichsten Anmutung in Russland.

So eng und vertrauensvoll wie einst soll es künftig wieder zugehen, zumal jetzt ein Petersburger im Kreml herrscht: Wladimir Putin, den sie in der Ausbildung „den Deutschen“ nannten. Wladimir zeigt Gerhard abends seine Stadt, speist mit ihm auf dem Restaurantschiff „Kronstadt“ auf der Neva, danach trinken sie noch einen in Putins Lieblingskneipe „Tschaika“ (Möwe), einer deutschen Bierstube. Ja, die beiden haben einen guten persönlichen Draht zueinander.

Prunkvolle Inszenierung

Und doch bleibt die Gegenwart bei diesen Regierungskonsultationen irgendwie außen vor. Auch der zweite Tag ist vollgestopft mit Terminen, die Erwartungen wecken, dass irgendetwas Greifbares herauskommen müsste: Morgens der Besuch im Joffe-Institut, der traditionsreichen Petersburger Abteilung der Akademie der Wissenschaften. Vor dem Mittagessen ein Gang durch die weltberühmte Gemäldegalerie Eremitage, in der auch viele Beutekunst-Exponate hängen, deren Rückgabe Deutschland verlangt. Und danach die Schlossanlage Zarskoje Selo, die einst für das Bernsteinzimmer im Katharinenpalast berühmt war – im Krieg ist dieser Kunstschatz verschollen, nun wird er mit deutscher Hilfe rekonstruiert.

So viel Historie, so viele Zukunftshoffnungen, so viel Symbolik der Nähe. Doch in der Pressekonferenz haben Putin und Schröder wenig Greifbares zu sagen – ob es um Schuldenrückzahlung geht, um Kulturgüter oder um die Wirtschaft. So muss die Freude über

zwei unterzeichnete Abkommen in die Breite und Länge gedehnt werden: das eine zur friedlichen Nutzung des Weltraums, das andere zur Fortsetzung (!) der Manager-Fortbildung.

Wann sollte man auch etwas schaffen. In dem an Auftritten so reichen Terminkalender dieser zwei Tage blieb gerade eine Stunde für das Arbeitstreffen – sieht man vom Abendessen ab, bei dem Schröder und Putin sowie die jeweiligen Fachminister auch Dienstliches besprochen haben könnten. Auch diese Sitzung ist prunkvoll inszeniert: im Raphaelsaal des Marienpalais mit viel Gold an den Türen und kleinen Liebesszenen im Renaissance-Stil an den hohen Wänden. Der deutsche Architekt Schtakenschneider hat es erbaut.

Oder war es womöglich andersherum: Für die Konsultationen wurde nur wenig Zeit eingeplant, weil absehbar war, dass es wenig Neues zu vermelden gibt? Die Strategietreffen der Staatssekretäre Finanzen, Wirtschaft, Äußeres seien in dem Jahr seit Putins Wahl zum Präsidenten „ein Lernprozess“ gewesen, berichtet ein Insider. Nur langsam gewöhnten sich die Russen an das deutsche Tempo, in zwei, drei Stunden mehrere praktische Punkte abzuarbeiten. Wenn die Hindernisse für eine Investition identifiziert sind – Zölle, Bürokratie, Protektionismus – versprechen die Russen Abhilfe. Und müssen beim nächsten Treffen eingestehen, dass ein anderes Gremium das Veto gegen Verfahrensänderungen eingelegt hat.

Am Ende gibt es dann doch noch eine Überraschung. Schröder darf ein seit dem Zweiten Weltkrieg vermisstes Bild der Dresdner Gemäldegalerie mit nach Hause nehmen: ein Werk des Rembrandt-Schülers Christoph Paudisz. Ein Durchbruch bei den Verhandlungen über die Kulturgüter ist das nicht, aber immerhin eine Geste.



Zurufe für die deutsch-russische Ideenbörse

Eindrücke vom Petersburger Dialog in der Arbeitsgruppe Wissenschaft und Bildung

VON UWE SCHLICHT,
SANKT PETERSBURG

Die letzten Eisschollen treiben über die Neva. Die Petersburger nutzen die warme Frühlingssonne für einen vorgezogenen Osterspaziergang. „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche“ – die wunderbaren Worte aus Goethes Faust könnten als Motto über dem ersten Petersburger Dialog stehen, den Russlands Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzler Gerhard Schröder im Herbst 2000 angeregt hatten.

Der Grundgedanke ist bestechend: Wenn die Völker Vorurteile und Erinnerungen an die positive wie auch an die belastete Vergangenheit verarbeiten wollen, sollte ein Dialog unterhalb der politischen Ebene beginnen. Die Jugend ist einzubeziehen – durch Austauschprogramme und die gemeinsame Erarbeitung neuer Schulbücher ohne Hass und Stereotype. Der Dialog muss auch Journalisten, Wissenschaftler und Repräsentanten aus Kultur und Wirtschaft erreichen. Denn die moderne Demokratie baut auf der Zivilgesellschaft und den Grundrechten auf. Gelingt es, zwischen Deutschen und Russen ein Netzwerk zu knüpfen, dann kann die Aussöhnung gelingen. Seit den fünfziger Jahren sind die Königswinter-Gespräche zwischen Deutschen und Engländern dafür ein Vorbild.

Für den Auftakt des ersten Petersburger Dialogs am neunten und zehnten April hatten die Russen die Stadt an der Neva mit Bedacht gewählt. Gilt Sankt Petersburg doch seit der Gründung durch Peter den Großen als Symbol für die Öffnung Russlands zum Westen. Die Deutschen standen bei der Gründung der Petersburger Universität im Jahr 1725 Pate: Sie schickten 17 Professoren nach Russland. Die mit der Universität verbundene Akademie der Wissenschaften hatte einen deutschen Ideengeber – Gottfried Wilhelm Leibniz. Auf tragische Weise ist Sankt Petersburg seit dem Zweiten Weltkrieg mit Deutschland verknüpft: Die 900 Tage dauernde Hungerblockade des damaligen Leningrads durch die deutsche Armee kostete 900 000 Russen das Leben.

Die Symbolkraft des Ortes wird auch im nächsten Jahr eine Rolle spielen, wenn der zweite Petersburger Dialog in Weimar stattfindet – eine in Europa bekannte Stadt mit einer nicht minderen Belastung wegen der Nähe zum Konzentrationslager Buchenwald auf dem Ettersberg.

Der Druck der Schulden

Eine Ideenbörse sollte der Petersburger Dialog sein. So wünschte es Putin. Aber es geht nicht nur um den Austausch von Ideen, sondern auch um die Verabredung von konkreten Projekten – und die Kosten. Die Russen haben 63 Milliarden Mark Schulden bei den Deutschen und sie hoffen, durch gemeinsame Projekte vor allem in der Wissenschaft auf eine Verrechnung ihrer Verpflich-

tungen. Vor diesem Hintergrund verengten die Russen den Gedankenaustausch in der Arbeitsgruppe Wissenschaft und Bildung auf die Vorbereitung eines Kommuniqués, während die Deutschen nichtsahnend glaubten, zunächst eine Grundsatzdiskussion führen zu können.

Das Protokoll diktierte die Inhalte: Zwischen der inoffiziellen Eröffnung am Vormittag, die nahezu zwei Stunden in Anspruch nahm und der offiziellen Eröffnung am Nachmittag durch Putin und Schröder lagen noch Kaffeepausen und Mittagessen, so dass für die inhaltliche Diskussion in den Arbeitsgruppen wenig Zeit blieb. Und der Abend war mit dem prunkvollen Empfang in der Eremitage vergeben. Die Regierungschefs erwarteten schon am Nachmittag Ergebnisse, die sie der Öffentlichkeit präsentierten wollten. Die Kommuniqué-Regie wurde zum obersten Prinzip. Was im Kommuniqué steht, hat die besseren Chancen, auch finanziert zu werden.

In der Arbeitsgruppe Wissenschaft zogen die Russen nach Belieben ihre Kommuniquétexte aus der Tasche, und als sich die Deutschen daran machten, die russische Vorlage umzuformulieren, präsentierten die Russen am nächsten Tag für das Abschlussdokument wieder eine andere Vorlage. Zum Trost boten sie den verdutzten Deutschen ein Dokument mit Anlagen an.

Gibt es einen Dialog mit Statements und Zurufen? Wohl kaum. Die Russen wünschen unbedingt die Gründung einer russischen Universität in Berlin. Mit wie vielen Professoren sie ausgestattet werden soll, welche Fächer sie umfasst, welche Abschlüsse sie vergibt – alles das blieb im Dunkeln. Von der Finanzierung ganz zu schweigen. In der Kaffeepause konnten man erfahren, dass den Russen das Schicksal jener fünf Millionen Landsleute Sorge bereitet, die in Westeuropa leben. Deren Kinder sollen russische Hochschulabschlüsse in Berlin erhalten und für die Heimat zurückgewonnen werden.

Die Deutschen regten an, eine russische Akademie in Berlin zu errichten. Nur verstehen die Russen unter einer Akademie eine Verbindung von Gelehrtensozietät mit Großforschungsinstituten. Die Deutschen haben etwas ganz anderes im Sinn: Nach dem Vorbild der American Academy wollen sie für die Russen ein Forum schaffen. Für drei bis sechs Monate sollen intellektuelle, Wissenschaftler, Künstler und elder statesmen zu Studienaufenthalten in die Stadt kommen – so skizzierte der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Dieter Simon, die Idee. Den Russen behagt der deutsche Umgang mit dem hehren Namen Akademie nicht.

Die Deutschen regten an, für die Vernetzung des wissenschaftlichen Nachwuchses Graduiertenkollegs zu nutzen – hierzulande sind das bewährte Einrichtungen, um auf höchstem Niveau Doktoranden in der For-

schung zu fördern. Gedacht ist an die Öffnung vieler Kollegs für die Russen – die Russen glaubten, es handle sich nur um ein Kolleg. Und wie die im Kommuniqué angelegte virtuelle Universität für Deutsche und Russen aussehen soll, blieb jenseits des modischen Schlagwortes ohne jede Unterfütterung.

Die Verständigungsschwierigkeiten häuften sich durch die Beschränkung auf Zurufe: Die Deutschen versprechen sich einiges von der Gründung eines Instituts für Deutschlandstudien in Moskau oder Sankt Petersburg – die Russen verstehen darunter ein Germanistisches Institut für Sprache und Literatur. Die Bundesrepublik favorisiert dagegen eine Schulung für russische Deutschlandexperten in der Wirtschaft, Politik, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft.

Der Generalsekretär des DAAD, Christian Bode, regte an, viel mehr Deutsche nach Russland zu bringen als bisher: Denn auf deutscher Seite sind die Zahlen im Vergleich zu den 6000 Russen, die in der Bundesrepublik studieren, „erbärmlich“. Wie bei einer Expansion die wechselseitige Anerkennung der Hochschulabschlüsse zu organisieren ist, konnte in der Eile nicht erörtert werden. Selbst die weitere Anregung Bodes, die schon bestehenden 480 Kooperationsverträge zwischen deutschen und russischen Universitäten erst mit Leben zu erfüllen, bevor man an die Gründung neuer kostspieliger Institute denkt, blieb ohne Echo. Zum Beispiel ist die Petersburger Universität, die heute 28 000 Studenten zählt, mit vielen deutschen Hochschulen partnerschaftlich verbunden – darunter sind die Humboldt-Universität und die Freie Universität Berlin.

Als der Repräsentant der deutschen Großforschungsinstitute, Detlev Ganten, vorschlug, die Russen könnten sich doch mit ihren Spitzenphysikern am Bau und der Nutzung des neuen 30 Kilometer langen unterirdischen Teilchenbeschleunigers „Tesla“ zur Erforschung der Materie beteiligen und das mit den russischen Schulden verrechnen, blieb auch diese Anregung auf der Ebene des Zurufs. Tesla übersteigt als ein internationales Vorhaben mit acht Milliarden Mark Investitionskosten die Dimensionen eines Landes. Japan und die USA sind auf diesem Gebiet die Konkurrenten. Die deutschen Chancen, diesen Beschleuniger im Umkreis von Hamburg zu errichten, könnten sich mit russischer Unterstützung erheblich verbessern, sagte Ganten.

Putins Computerofferte

Putin bot die Öffnung russischer Institute für die Ausbildung deutscher Computerfachleute an. Außerdem offerierte er die Kooperation in der Weltraum- und Plasmaforschung. Dafür wollen die Russen im Gegen-



zug bei den Umweltwissenschaften von den Deutschen profitieren. Auch auf diesen Feldern denken die Russen offensichtlich an eine Verrechnung ihrer Schulden.

Für den weiteren Dialog wird jetzt das In-

ternet geöffnet. Die Russen glänzten beim Petersburger Treffen mit ihrer Kultur. Weimar kann zwar mit den Goethe- und Schillergedenkstätten punkten, aber nicht mit einer Weltgalerie wie der Eremitage. Und das Nationaltheater in Weimar lässt sich kaum mit dem berühmten Mariinskij-Theater in Sankt Petersburg vergleichen. Wie könnten

die Deutschen mithalten? Sie sollten sich auf eine gründliche Vorbereitung konzentrieren, damit aus Stichworten solide und finanziell gesicherte Programme werden. Aus der Petersburger Ideenbörse ein funktionierendes deutsch-russisches Netzwerk zu flechten – das wäre eine Perspektive.

Empfehlungen für die Zivilgesellschaft, Kultur und Medien

Die Empfehlungen erstrecken sich auf die Jahre 2001 bis 2005. Generell sollen die deutsch-russischen Beziehungen über die Zivilgesellschaft vertieft werden. Einbezogen werden Jugendwerke, Städtepartnerschaften, Kirchen, Gewerkschaften, Stiftungen. Eine Stiftung für deutsch-russische Zusammenarbeit soll die finanzielle Seite berücksichtigen.

Einige Empfehlungen zur **Kultur**:

Es werden „Ausstellungen von gemeinsamen Sammlungen von kriegsbedingt verlagerten Kunstwerken“ geplant. Als erstes ist eine Ausstellung zum Thema „Kunst der Völkerwanderungszeit vom Rhein zur Wolga“ im Gespräch. Voraussetzung: Russen und Deutsche geben sich eine Rückgabegarantie für die ausgestellten Objekte.

Die Frankfurter Buchmesse 2003 bekommt den Länderschwerpunkt Russland. Sie soll als Forum der deutsch-russischen

Beziehungen in den Bereichen Literatur, Kunst, Musik und Theater benutzt werden.

Für 2003 sind zwei gemeinsame Ausstellungen „Berlin-Moskau nach 1945“ und „Sankt Petersburg – Schaffung einer kaiserlichen Kunstmetropole“ vorgesehen.

Ein deutsch-russisches Forum für bilaterale Kunstgeschichte nach den Modellen von Paris, Rom und Florenz soll eingerichtet werden, weil es kaum Lehrstühle über die jeweilige Kunstgeschichte des anderen Landes gibt.

Weil die Erhaltung der durch Säure-, Tinten- und Kupferfraß gefährdeten Bücher und Dokumente immer dringlicher wird, ist an die Gründung eines Zentrums für Bucherhaltung als deutsch-russisches Gemeinschaftsprojekt gedacht.

Die Zusammenarbeit der deutschen und russischen Theater wird durch die Ausbildung von Schauspielern und Regisseuren gefördert. Regelmäßig soll ein russisch-

deutsches Theaterfestival stattfinden – zuerst auf der Frankfurter Buchmesse.

Im Herbst 2003 ist ein Festival für zeitgenössische Musik und Literatur geplant.

In Bereich **Medien** wurde abgesprochen:

Den Medien wird eine wichtige Rolle beim Abbau von Vorurteilen und Stereotypen zugewiesen. Deswegen wird ein deutsch-russischer Journalistenpreis für die zwei besten russischen Artikel über Deutschland und die zwei besten deutschen Artikel über Russland ausgelobt.

Der Austausch von Kolumnen, also Artikeln mit starker Kommentierung, wird erwogen.

Zur Vorbereitung es deutsch-russischen Presseclubs soll ein Internetkontakt aufgenommen werden.

Es wird geprüft, ob ein deutsch-russischer Fernsehkanal aufgebaut werden kann.

U.S.

